

# Vergleich der IG Metall Positionen zur Bundestagswahl mit dem Entwurf des Wahlprogramms der Alternative für Deutschland

Stand: 14.03.2017

## Arbeit 4.0

| <b>IG Metall</b> (Quellen: Positionspapier und Faktenblätter zur Bundestagswahl)  | <b>Alternative für Deutschland</b>   |
|---|--|
| <p><i>Die Digitalisierung der Produkte und Prozesse, Klima- und Umweltschutz, Globalisierung, demografische Entwicklung und vielfältige Lebensentwürfe der Beschäftigten bestimmen und beschleunigen den Transformationsprozess von Gesellschaft und Arbeitswelt. Zurzeit ist die Arbeitswelt von zunehmender Ungleichheit, Unsicherheit und wachsender Fremdbestimmung geprägt. Gesellschaftlicher Zusammenhalt verlangt aber, dass die Transformation in die Arbeitswelt 4.0 für alle verlässliche Perspektiven und gute Arbeit beinhaltet.</i></p> | <p><b>Zu den gegenwärtigen Transformationsprozessen von Gesellschaft und Arbeitswelt finden sich keine Angaben im Programmentwurf der AfD, die Begriffe Digitalisierung und/ oder Industrie 4.0 tauchen in diesem Zusammenhang nicht auf.</b></p> <p>Teilhabe für alle und Gerechtigkeit sind für die AfD keine gesellschaftlichen Leitziele. Als größtes gesellschaftliches Problem sieht sie den „Trend zur Selbstabschaffung“ durch Schrumpfung „unserer angestammten Bevölkerung um mehr als 250.000 Personen pro Jahr, mit stark steigender Tendenz“. Stabile Familien seien „die Mitte und Grundlage jeder sich selbst erhaltenden Gesellschaft“. Daraus schlussfolgert die AfD: Deutschland braucht einen Paradigmenwechsel hin zu einer nationalen Bevölkerungspolitik. Familienpolitik soll deshalb den Maßstab für alle mit ihr verbundenen Politikfelder setzen, insbesondere für die Sozial-, Steuer- und Bildungspolitik.“ (Kapitel 7, S. 34ff)</p> <p>„Unser Sozialstaat kann nur erhalten bleiben, wenn die geforderte finanzielle Solidarität innerhalb einer klar definierten und begrenzten Gemeinschaft erbracht wird. Eine Auflösung des Nationalstaats führt unweigerlich zur Gefährdung unserer gewohnten sozialstaatlichen Errungenschaften.“ (Kapitel 11.1, S. 49)</p> |

|   |   |
|---|---|
| <p>Stopp der Vermittlung in Leiharbeits- und Befristungsketten: sachgrundlose Befristung abschaffen, Erhalt und Ausbau des Qualifikationsniveaus ist wichtiger als schnelle Vermittlung (Zumutbarkeitsregeln)</p> | <p>Prekäre Arbeitsverhältnisse wirken sich negativ auf Wachstums aus: wg. Negativwirkungen für die Demografie (Begründung: erschwert Familiengründungen): Gesetzliche Obergrenze von 15% Leiharbeit in Unternehmen und equal treatment nach sechs Monaten. (Kapitel 10.3, S. 46f)</p> <p>Die AfD will den Abschluss von befristeten Verträgen (sie spricht in diesem Kontext von Zeitarbeitsverträgen) an Bedingungen knüpfen. Sie dürfen auch nur einmal verlängert werden. (Kapitel 10.3, S. 46f)</p> <p>Neue Eingliederungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, die nicht mehr – wie heute – an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes vorbeigehen. AfD fordert „bedarfsangepasste Qualifikation“, die in „enger Abstimmung mit der mittelständischen Wirtschaft erfolgen muss“. (Kapitel 10.3, S. 46f)</p> <p>Verlängerung der Bezugsdauer von ALG I nach zehnjähriger Beschäftigung bzw. Einzahlung und erhöhtes ALG 2 nach dieser Zeit als „Gebot der Gerechtigkeit, um unterschiedliche Erwerbsbiographien bei Arbeitslosigkeit auch differenziert zu behandeln“. (Kapitel 11.7, S. 51)</p> <p><b>Keine Angaben zur Vermittlungspraxis und Zumutbarkeit.</b></p> |
| <p>Wirksame Mitbestimmung bei Fremdvergabe und Fortgeltung von Tarifverträgen bei Ausgliederung</p>   | <p><b>Keine Angaben</b></p>   |
| <p>Transformations-Kurzarbeitergeld zur Absicherung der Beschäftigten im Strukturwandel der Arbeitswelt auf Basis von Tarifverträgen zur Beschäftigungssicherung</p>  | <p><b>Keine Angaben zur Bewältigung der Transformation der Arbeitswelt</b></p>  |
| <p>Die IGM setzt sich schon seit vielen Jahren für einen gesetzlichen Mindestlohn ein. Seine Einführung zum Jahr 2015 hat sie begrüßt.</p>  | <p>Befürwortung des Mindestlohnes zur Stärkung der schwachen Position der Niedriglohneempfänger gegenüber den Interessen der Arbeitgeber, der eine Existenz jenseits der Armutsgrenze erlaube und die Finanzierung einer, „wenn auch sehr bescheidenen“ Altersversorgung. „Mindestlöhne verhindern somit auch die Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Sozialisierung der Armutskosten“. (Kapitel 10.3, S. 47)</p>  |

## Arbeitszeiten für ein gutes Leben

| IG Metall   | Alternative für Deutschland   |
|---|---|
| <p><i>Arbeitszeiten sind heute hochflexibel – soweit es dem Arbeitgeber nutzt. Sie weiten sich immer stärker aus: Zunahme von Schichtarbeit, Wochenendarbeit und ständiger Verfügbarkeit führen zu Arbeitszeiten, die die Gesundheit belasten. Und das Arbeitsvolumen ist ungerecht verteilt: Überlange Arbeitszeiten auf der einen Seite, Teilzeitjobs, die keine berufliche Perspektive bieten, auf der anderen. Wir wollen neue Regeln, damit die Beschäftigten ihre Arbeit und ihre Arbeitszeit selbstbestimmt organisieren können.</i></p> | <p>Zum Thema Arbeitszeiten, der Flexibilisierung von Arbeitszeiten, Wochenend-, Schichtarbeit oder überlangen Arbeitszeiten findet sich im Programmentwurf der AfD nichts. Selbst- oder Mitbestimmung der Beschäftigten am Arbeitsplatz sind ebenfalls kein Thema für die AfD. Der Begriff „Arbeitszeit“ taucht im AfD-Programmentwurf lediglich im Kontext Lebensarbeitszeit auf (siehe auch Abschnitt zur Rente).</p> |
| <p>Arbeitszeitreduzierung mit Rückkehrrecht und steuerfinanzierte Entgeltaufstockung (Grundzuschuss) für Qualifizierung, Pflege und Familienzeiten. Steuerbefreiung von zusätzlicher tariflicher Aufstockung</p>  | <p><b>Hierzu macht die AfD keine Aussagen.</b></p>  |
| <p>Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats zur Durchsetzung von Personal- ausgleich bei regelmäßiger Überschreitung der tariflich vereinbarten Arbeitszeiten</p>   | <p><b>Hierzu macht die AfD keine Aussagen.</b></p>  |
| <p>Anspruch auf Zeit für regelmäßige Teamgespräche zur Gestaltung von Arbeitsbedingungen und -abläufen und der Ermittlung von Qualifizierungsbedarfen von 30 Minuten pro Woche (Erweiterung Arbeitszeitgesetz)</p>  | <p><b>Hierzu macht die AfD keine Aussagen.</b></p>  |

## Bildung- und Weiterbildung 4.0

| IG Metall  | Alternative für Deutschland   |
|--|---|
| <p><i>Anforderungen an berufliche Tätigkeiten werden sich auf dem Weg zur Arbeit 4.0 dynamisch verändern. Eine gute Erstausbildung ist auch dafür eine gute Basis. Aber auch berufliche Weiterentwicklung und Neuorientierung während des Berufslebens müssen zur Normalität werden. Das stellt uns vor eine doppelte Aufgabe: Weiterbildung muss – ebenso wie die allgemeinbildende Schule und die Erstausbildung – zu einer Selbstverständlichkeit im Arbeitsleben und einem öffentlichen Gut werden. Gleichzeitig kann und muss in allen Bereichen des öffentlichen Lernens der zunehmenden Bildungsungleichheit entgegengewirkt werden.</i></p>  | <p><b>Das Thema berufliche Weiterbildung findet im Programmentwurf der AfD nicht statt.</b></p>   |
| <p>Das deutsche Schulsystem zementiert und vererbt den Bildungsstatus der Eltern stärker, als dies in allen anderen Ländern Europas der Fall ist. Es trägt damit wesentlich zur sozialen Ungleichheit in Deutschland bei. Und diese Ungleichheit der Bildungschancen wächst.... Nach der Schulzeit setzen sich Bildungsungleichheiten im Übergang zu Ausbildung und Studium nahtlos fort .... Wer besonders bedürftig ist, der findet nur schwer Zugang zu befriedigenden Entwicklungs- und Lernprozessen. Bildung und Qualifizierung sind entscheidende Grundlage einer funktionierenden Demokratie.... Schule und Erstausbildung kommt die Aufgabe zu, fundierte Grundlagen für die berufliche und persönliche Entwicklung zu legen. Gerade in der digitalen Ökonomie werden grundlegende Kompetenzen für das Lernen am Arbeitsplatz und im Arbeitsprozess immer bedeutender. Neben der anerkannten dualen Ausbildung gewinnen berufliche Fortbildung und Neuorientierungen als Erfolgsvoraussetzungen immer größeres Gewicht. Daraus ergibt sich: Alle Dimensionen des Lernens müssen gleichermaßen gefördert werden. Soziales Lernen, Prozesskompetenzen und fachliche Kenntnisse sind heute sowohl in der allgemeinbildenden Schule wie in der Berufsausbildung und an der Hochschule gleichermaßen wichtig. Die Voraussetzungen dafür zu gewährleisten, ist und bleibt der Auftrag unseres</p> | <p>Bemühungen aus den letzten Jahren, das deutsche Bildungssystem durchlässiger und chancengerechter zu machen, werden von der AfD als „leistungsfeindlich“ gebrandmarkt („nivellierende Einheitsschule“, Kapitel 8.1, S. 38). Sie spricht sich für ein mehrgliedriges Schulsystem aus, in dem auch Förderschulen ihren Platz behalten sollen. Moderne pädagogische Ansätze werden als „Ideologie“ verteufelt. („Wir fordern die Abkehr von geschwätziger Kompetenzorientierung und die Rückkehr zur Vermittlung des Fachwissens als zentrales Anliegen der Schule“, Kapitel 8, S.38). Schulen und anderen Bildungseinrichtungen unterstellt die AfD, an einer Umerziehung der Bevölkerung zu arbeiten (Stichworte u.a. „Genderideologie“ und „Frühsexualisierung“, vgl. Kapitel 7.5.1, S. 36). Einerseits lehnt die AfD dies ab und fordert, dass die Schulen zum eigenständigen Denken ertüchtigen sollen, andererseits sollen „Ehe, Familie, Haushaltsführung und Kindererziehung... in den Lehrplänen und Schulbüchern aller allgemeinbildenden Schulen (wieder) eine positive Berücksichtigung finden.“ (Kapitel 8.5, S.39 und Kapitel 7.3, S.35)</p> <p>Inhaltlich fordert die AfD die Stärkung der MINT-Fächer auf allen Ebenen „zur Sicherung der wirtschaftlichen Basis“. (Kapitel 13.3, S. 58).</p> |

|   |   |
|---|---|
| <p>öffentlichen Bildungssystems. (Quelle: IG Metall-Positionspapier zur Bundestagswahl)</p>   | <p>Flüchtlinge soll die Schule auf ihre Rückkehr ins jeweilige Herkunftsland vorbereiten. (Kapitel 8.4, S. 39)</p>  |
| <p>Berufsschulen „digitalisieren“ und BBiG reformieren. Demokratisierung der Hochschulgremien und paritätischer Einfluss auf Studienordnungen durch Arbeitgeber und Gewerkschaften</p>  | <p>„Die AfD lehnt den Einfluss von internationalen Konzernen, Stiftungen und anderen Lobbygruppierungen auf unser Bildungssystem und damit auf die Zukunftsfähigkeit Deutschlands ab. Eine Ökonomisierung und Globalisierung des deutschen Bildungswesens wird es mit uns nicht geben.“ (Kapitel 8, S.38)<br/> Die AfD will die „Berufliche Bildung stärken“, die duale Ausbildung sei ein Erfolgsmodell. Hierzu möchte sie die Zahl der Abiturienten- und Akademiker reduzieren und fordert: „Meister statt Master“ (Kapitel 8.2, S.38)<br/> <b>Zur Demokratisierung der Hochschulen macht die AfD keine Aussagen.</b></p> |
| <p>Initiativrecht des Betriebsrates zur Durchsetzung von Qualifizierungsmaßnahmen und Verankerung eines Mitbestimmungsrechtes des Betriebsrates über Lernangebote und deren Integration in die Arbeitsorganisation</p>  | <p><b>Hierzu macht die AfD keine Aussagen.</b></p>  |
| <p>Verankerung eines Rechts auf berufliche Fortbildung, Aufbau eines öffentlichen Weiterbildungs- und Beratungssystems im Verbund von Berufsschulen, Hochschulen und Bundesagentur für Arbeit und Anspruch auf Aufstiegs- Bafög auch für eine zweite Ausbildung</p> | <p><b>Hierzu macht die AfD keine Aussagen.</b></p>  |
|   |   |

## Soziale Sicherheit

| IG Metall   | Alternative für Deutschland  |
|---|--|
| <p><i>Soziale Sicherheit ist kein Auslaufmodell. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Umbrüche ist die Absicherung der Beschäftigten wichtig und muss den veränderten Erwerbs- und Lebensverhältnissen angepasst werden. Dabei hat sich das an die Erwerbsarbeit gebundene System der deutschen Sozialversicherung bewährt, da es auch die Arbeitgeber mit in die Verantwortung für soziale Sicherheit bringt. Die paritätische Finanzierung und das Äquivalenzprinzip bei materiellen Transferleistungen müssen als Grundpfeiler erhalten werden.</i></p> | <p>„Unser Land steht vor großen sozialen Herausforderungen. Es gilt die hohe Kinderarmut und die drohende Altersarmut zu bekämpfen. ... Die Stabilisierung der Sozialsysteme erfordert bei einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung besondere Anstrengungen. Unsere begrenzten Mittel stehen deshalb nicht für eine unverantwortliche Zuwanderungspolitik, wie sie sich kein anderes europäisches Land zumutet, zur Verfügung. Sowohl die Euro-Rettungspolitik als auch die Niedrigzinspolitik der EZB erschweren diese schicksalhaft notwendige Reformpolitik für Deutschland.</p> <p>Unser Sozialstaat kann nur erhalten bleiben, wenn die geforderte finanzielle Solidarität innerhalb einer klar definierten und begrenzten Gemeinschaft erbracht wird. Die Auflösung des Nationalstaats führt unweigerlich zur Gefährdung unserer gewohnten sozialstaatlichen Errungenschaften.“ (Kapitel 11.1, S. 49)</p> |
| <p>Initiativrecht und erweiterte Mitbestimmung bei der Durchsetzung von Präventionsmaßnahmen und einer gesundheitsförderlichen Arbeitsgestaltung im Betrieb</p>   | <p><b>Keine Aussagen zu Prävention, Gesundheitsförderung in der Arbeitswelt.</b><br/><b>Keine Aussagen zur Mitbestimmung</b></p>   |
| <p>Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus und mittelfristige Erhöhung der Alterseinkünfte durch mehr gesetzliche Rente und eine betriebliche Altersvorsorge für alle. Einbeziehung aller Selbstständigen als Schritt in Richtung Erwerbstätigenversicherung</p>  | <p><b>Keine generellen Aussagen zum Rentenniveau sowie zum Versichertenkreis der GRV/zur Erwerbstätigenversicherung</b></p> <p>Rentenpolitische Forderungen der AfD: Bessere Berücksichtigung der Leistungen von Eltern in der Rentenversicherung; Gewährung der Rente bei „einer klar definierten anrechenbaren Lebensarbeitszeit statt, wie bisher vom Rentenalter abhängig“; Freistellung der Erwerbseinkommen von Rentnern von Rentenversicherungsbeiträgen; Aufschlag zur Grundsicherung für Rentenansprüche, die durch Arbeitsleistung „und andere anrechenbare Zeiten, z.B. Erziehungszeiten“, erworben wurden; Anhebung der Steuermittel für die Rentenversicherung – zur Gegenfinanzierung Beendigung der „derzeitigen Migrationspolitik“; gesetzgeberische Stärkung der beiden Säulen</p>  |

|   |  |
|---|--|
|   | Betriebsrente und rein private Altersvorsorge –z.B. durch nachgelagerte Besteuerung sowie Austritt aus der Euro-Zone (wegen Zinspolitik). (Kapitel 11.3-11.7, S. 50f)  |
| Paritätische Finanzierung in der GKV wiederherstellen | Die AfD will die paritätische Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung, aber nicht aus Gerechtigkeitsgründen: „Die Risiken der Kostensteigerungen im Gesundheitswesen allein auf die Arbeitnehmer abzuwälzen, wie es die letzten Bundesregierungen getan haben, ist unsystematisch.“ (Kapitel 11.9, S. 51) |

## Gleiche Chancen für alle

| <b>IG Metall</b>  | <b>Alternative für Deutschland</b>   |
|---|--|
| <p><i>Gleiche Chancen für alle – das ist eine originäre sozialstaatliche Aufgabe. Diese verlangt eine solidarische Umverteilung, die gleiche Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe für alle ermöglicht. Diese sind heute sehr ungleich verteilt. So geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auf. Das Steuer- und Transfersystem ist dabei ein wichtiger Hebel. Neben dem verfügbaren Einkommen, ist die Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur und Dienstleistungen ein entscheidender Stellhebel.</i></p> | <p>„Unser Steuersystem ist das komplexeste der Welt... Globalisierung und Euro-Krise verlangen ein grundsätzliches Umdenken. Die demografische Entwicklung bringt die sozialen Sicherungssysteme in Gefahr. Die ungesteuerte Migration verschlimmert diese Probleme dramatisch. Die Behauptung, sie trage zur Problemlösung bei, widerspricht allen Tatsachen...“ (Kapitel 10, Seite 45)</p> <p>„Die Infrastruktur unseres Landes wurde jahrzehntelang vernachlässigt und ist in vielen Teilen marode“ (Kapitel 14.1, S. 61)</p> <p>„Der Islam gehört nicht zu Deutschland.“ (Kapitel 6, S. 31)</p>  |
| <p>Gerechte Besteuerung durch Erhöhung des Grundfreibetrags und höheren Spitzensteuersatz bei Einkommenssteuer, Abschaffung der Abgeltungssteuer, Wiedererhebung der Vermögenssteuer höhere Besteuerung von Erbschaften und Unternehmererträgen zur Finanzierung von öffentlichen Investitionen in Infrastruktur und Bildung</p>  | <p>Abgabenbremse von maximal 40 Prozent des BIP für Steuern und Abgaben; „zukunftsorientiertes Steuersystem“, das „selbstverständlich auch die erforderlichen sozialen Belange berücksichtigt“; Einkommensteuer: Anhebung des Grundfreibetrags auf pfändungsfreies Einkommen, Entlastung der geringen und mittleren Einkommen, Ablösung des progressiven Steuertarifs durch Steuerstufen; Abschaffung der Erbschaftsteuer; keine Reaktivierung der Vermögensteuer: „Die Übergabe von Vermögen – auch und gerade in Unternehmen gebundenes – ist Privatangelegenheit und darf nicht dem Staatseingriff ausgesetzt werden.“</p> <p>„faire Unternehmensbesteuerung“ (Besteuerung von Gewinnen dort, wo sie entstehen); zugleich: ausgeglichene Haushalte, Ausgabenkürzungen, verbindliche gesetzgeberische Regelung der Tilgung bestehender Schulden; bundesweites „Konjunkturprogramm Infrastruktur“ (Kapitel 10, S. 45 ff; Kapitel 14.1, S. 61)</p> |
| <p>Individuelle Besteuerung (statt Ehegattensplitting) und bessere Förderung von Familien durch deutliche Erhöhung von Kindergeld, Pflegegeld, Bafög und einkommensunabhängige Mobilitätszulage</p>   | <p>Beibehaltung des Ehegattensplittings; Ergänzung „durch ein sozial gerechtes Familiensplitting..., bei dem das Familieneinkommen auf alle Familienmitglieder verteilt wird vor der Tarifierung“; Förderung von Familien durch „Baby-Begrüßungsgeld“, stärkere Berücksichtigung von Erziehungsleistungen/Familienarbeit in der Sozialversicherung, längeren</p>   |



|   |  |
|---|--|
|   | Anspruch von ALG-1-Leistungen für Eltern sowie Erlass der Bafög-Rückzahlung für Studierende mit gutem Abschluss, die während des Studiums oder kurz danach Eltern werden. (Kapitel 10.1, S. 45f, Kapitel 7.3-7.4, S. 35, Kapitel 11.2, S. 49)  |
| Ein Einwanderungsgesetz, das Möglichkeiten der Zuwanderung jenseits von Flucht und Asyl eröffnet, flächendeckende Maßnahmen zur individuellen Förderung von Sprachkompetenz, Arbeitsmarktintegration durch Qualifizierung | Umgehende Schließung der Grenzen zur Beendigung der „ungeregelten Massenimmigration in unser Land und seine Sozialsysteme“; Vorrang familien- und bevölkerungspolitischer Maßnahmen vor Zuwanderung; ausschließlich Zulassung qualifizierten Zuzugs nach Bedarf; „Zuwanderung nach unseren Regeln“; für „Minuszuwanderung von mindestens 200.000 Personen pro Jahr“; Reduzierung der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus Deutschland; „nationale Souveränität für jede Form der Zuwanderung“; erfolgreiche Integration aller Zugwanderten „ist unmöglich“; Integration als „Aufgabe des Zuwanderers“, Grundgesetzänderung zur weitgehenden Einschränkung des Asylrechts; gegen „Einwanderung in die Sozialsysteme“ und „Familiennachzug in die Sozialsysteme“; Erleichterung von Ausweisung und Ausbürgerung; Verhinderung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit „durch bloße Geburt in Deutschland“; Vermeidung der Anreizwirkung von Sozial- und Gesundheitsleistungen für Asylbewerber, Umsetzung des Grundsatzes „Sachleistungen vor Geldleistungen“ (Kapitel 5, S. 24ff und Kapitel 11.1, S. 49) |

## Nachhaltige Wirtschafts- und Industriepolitik

| IG Metall   | Alternative für Deutschland  |
|---|--|
| <p><i>Ein gemeinsames demokratisches Europa muss auch in Zukunft mehr sein als der freie Waren- und Kapitalverkehr. Europa hat mit seinen über 550 Millionen Bürgern und seiner Innovationskraft die Chance, die Standards für eine soziale, ökologische und demokratisch gestaltete Transformation in die Gesellschaft und Arbeitswelt von morgen zu setzen.</i></p> | <p>„Mit den Verträgen von Schengen, Maastricht und Lissabon wurde rechtswidrig in die unantastbare Volkssouveränität eingegriffen. Ein Staat, der das Grenzregime und damit die Hoheit über sein Staatsgebiet aufgibt, löst sich auf. Er verliert seine Eigenstaatlichkeit. <i>Wir wollen den souveränen, demokratischen Nationalstaat erhalten!</i> Die AfD steht für die Freiheit und Selbstbestimmung der europäischen Nationen.“ (Kapitel 1.1, S. 6)</p> <p>„Das bestehende „Lissabon-Europa“ ist daher zurückzuführen zu einer Organisation von Staaten, die auf der Basis völkerrechtlicher Verträge ihre Interessen und Aufgabenwahrnehmung definieren. Nicht rückholbare Souveränitätsverzicht der Staaten dürfen mit einer solchen Konstruktion nicht verbunden werden. Ähnlich wie heute im Europäischen Vertrag (EUV) in Art. 50 vorgesehen, behält sich jeder Staat ein Austrittsrecht vor. Sofern eine solche Konzeption mit den derzeitigen Partnern der EU nicht einvernehmlich auszuhandeln ist, ist Deutschland gezwungen, dem Beispiel Großbritanniens zu folgen und aus der bestehenden EU auszutreten.“ (Kapitel 1.2, S.6)</p> <p>Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa und das Entstehen von „verlorenen Generationen“ führt die AfD auf die verfehlte Finanzpolitik zurück und prognostiziert, dass die „...Völker Europas... diese Entwicklung nicht klaglos hinnehmen und sich zu Recht gegen die politischen Eliten auflehnen“ werden. (Kapitel 2.2, S. 12f)</p> <p>Wir wollen das Projekt der Dekarbonisierung über die „Große Transformation“ beenden und den Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung aufheben. (Kapitel 13.1, S. 57)</p> |

|   |  |
|---|--|
| <p><i>Diese Stärke bezieht Europa aus seiner industriellen Wertschöpfung. Die industriepolitischen Rahmenbedingungen müssen diese Stärke fördern.</i></p>   | <p><b>Zu Industriepolitik finden sich im Programm keinerlei Aussagen</b></p>   |
| <p>Soziale und ökologische Gestaltung des strukturellen Wandels in den Industriebranchen. Deutschland muss bei Ökostrom und nachhaltiger Mobilität zum Leitmarkt werden. Die Sicherheit von Beschäftigung und die gerechte Verteilung von Rationalisierungsgewinnen sind hierbei wesentliche Ziele.</p> | <p>Die AfD hält die Gefahren des Klimawandels für nicht erwiesen und kritisiert: „Mit dem Beitritt zum Pariser Abkommen und dem von der Bundesregierung erlassenen Klimaschutzplan 2050 hat Deutschland sich verpflichtet, für die sogenannte „Dekarbonisierung“ weitgehende Eingriffe in unsere Wirtschaft und Gesellschaft vorzunehmen. Das Pariser Klimaabkommen vom 12.12.2015 ist zu kündigen. Deutschland soll aus allen staatlichen und privaten „Klimaschutz“-Organisationen austreten und ihnen jede Unterstützung entziehen.“ (Kapitel 13.1, S.57)</p> <p>Die AfD ist gegen die Energiewende und setzt weiter auf Atomkraft und Kohlestrom. Das EEG soll ersatzlos gestrichen werden. Neue Windkraftanlagen gibt es nur unter strengen Bedingungen. Zudem müsse sich „die Laufzeit sicherer Kernkraftwerke... nach der technischen Nutzungsdauer richten.“ Und „die Elektromobilität muss sich wie jede Technik auf marktwirtschaftlicher Basis entwickeln.“ (Kapitel 13.2, S. 58)</p> <p><b>Zu den Auswirkungen auf Beschäftigung finden sich im Programm keinerlei Hinweise.</b></p> |
| <p>Mehr Mitbestimmung in Europa. Sicherung und Ausbau der Unternehmensmitbestimmung. Besserer Schutz vor Mitbestimmungsflucht bei Verlagerung des Unternehmenssitzes oder Änderung der Rechtsform.</p>  | <p><b>Das AfD-Programm enthält keinerlei Aussagen zu Mitbestimmung.</b></p>  |
| <p>Kurswechsel in der europäischen Politik:<br/>Austeritätspolitik beenden und Investitionen stärken; faire Handelspolitik und Stärkung des europäischen Sozialmodells</p>  | <p>Die AfD hält den Euro für eine Fehlkonstruktion und folgert: „Die weitere Mitgliedschaft in der Eurozone ist für Deutschland unbezahlbar... Deshalb muss Deutschland die Transferunion aufkündigen und den Euroraum verlassen.“ (Kapitel 2.1, S. 12)</p> <p>Die AfD folgt in ihrer Außenwirtschaftspolitik dem Prinzip „Deutschland zuerst“ wenn sie sagt: „Die AfD fordert die Wahrnehmung deutscher Wirtschaftsinteressen im gleichen Maß, wie auch andere Länder ihre eigenen</p>  |

|  |   |
|--|---|
|  | <p>Interessen vertreten... Verlässliche Handelsregeln zu erhalten und nach den Interessen unseres Landes weiterzuentwickeln, ist Kernaufgabe deutscher Außenwirtschaftspolitik." Auch bei Firmenübernahmen sollen deutsche Interessen stärker berücksichtigt werden. (Kapitel 3.5, S. 18)</p> <p>In der Handelspolitik setzt die AfD auf „... multilaterale Handelsabkommen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO). Bilaterale Handelsverträge sollen nur abgeschlossen werden, wenn multilaterale Handelsverhandlungen nicht durchführbar sind. Investitionsschutzverträge sollen nur abgeschlossen werden, wenn sie auch deutsche Unternehmen gegen unsichere Rechtsverhältnisse absichern. Alle Abkommen müssen in transparenten Verfahren verhandelt werden. <i>Die AfD lehnt aus den dargelegten Gründen CETA, TISA und TTIP ab.</i> Dort, wo im Freihandel die Märkte versagen, soll die Handelspolitik korrigierend eingreifen.“ (Kapitel 3.5, S. 18)</p> <p>Arbeitnehmerfreizügigkeit, eine der Säulen der europäischen Sozialordnung, lehnt die AfD ab denn: „Das hohe Niveau der deutschen Sozialleistungen zieht sowohl aus anderen EU-Staaten als auch aus Drittstaaten zahlreiche Armutszuwanderer an. Hierbei werden die Freizügigkeit in der EU bzw. das Asylrecht missbraucht, um sich Zugang zum Sozialsystem zu verschaffen. Diesem Missbrauch wollen wir einen Riegel vorschieben: Sozialleistungen sollen EU-Bürgern erst dann gewährt werden, wenn diese zuvor vier Jahre versicherungspflichtig in Deutschland beschäftigt waren und ihren Lebensunterhalt damit vollständig selbst decken konnten.“ (Kapitel 5.4, S. 26f)</p> <p>Ein europäisches Sozialmodell sieht die AfD kritisch denn „unsere begrenzten Mittel stehen... nicht für eine unverantwortliche Zuwanderungspolitik, wie sie sich kein anderes europäisches Land zumutet, zur Verfügung.“ (Kapitel 11.1, S. 49)</p> |
|--|---|